
Verpasster Korporatismus

Rezension von: Petra Weber, *Gescheiterte Sozialpartnerschaft – Gefährdete Republik? Industrielle Beziehungen, Arbeitskämpfe und der Sozialstaat. Deutschland und Frankreich im Vergleich (1918-1933/39)*, Oldenbourg, München 2010, 1.245 Seiten, € 128.

Die in Europa zu diktatorischen Systemen führenden Jahrzehnte der „Zwischenkriegszeit“ im von Hobsbawm als „Zeitalter der Extreme“ beschriebenen 20. Jahrhundert sind Thema zahlreicher historischer Untersuchungen und Darstellungen. Allein an einem in die Tiefe gehenden Vergleich der durchaus unterschiedlichen und, wie gezeigt werden kann, von unterschiedlichen Traditionen geprägten sozialen und politischen Entwicklungen zwischen einzelnen Staaten mangelt es, wiewohl gerade dieser Antworten auf die Fragen nach dem „Warum“ des Scheiterns demokratischer Systeme geben kann.

Das renommierte Institut für Zeitgeschichte in München wollte dies in einem umfassend angelegten Forschungsprojekt am Beispiel von Deutschland und Frankreich aufgearbeitet wissen,¹ als dessen Teil Petra Weber die Arbeitsbeziehungen in den beiden Ländern in den Fokus nahm.

Um es vorwegzunehmen: Die Arbeit sprengt nicht nur vom Umfang mit über 1.100 Seiten alles bisher Dagewesene, sondern besticht durch eine souveräne und – obwohl immer wieder ins ereignisgeschichtliche Detail gehend – die großen politik- und sozialgeschichtlichen Entwicklungslinien nie aus den Augen verlierende Darstellung, die ih-

resgleichen sucht. Weniger die parteipolitischen Auseinandersetzungen im (vor-)parlamentarischen Raum, die Genese der Sozialgesetzgebung an sich, sondern vielmehr die wechselnden Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften stehen im Mittelpunkt der Untersuchung, wobei die Autorin es nicht unterlässt, auch die betriebliche Ebene in die Betrachtung mit einzubeziehen.

Ausgehend von der Entwicklung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in den beiden Ländern, die neben dem ungleichen Industrialisierungsgrad besonders auch von der verschiedenartigen sozialstaatlichen Entwicklung geprägt war, beschreibt die Autorin detailliert die Arbeitskämpfe gegen Ende des Ersten Weltkrieges. Während diese in Deutschland durch die Rätebewegung zum Systemwechsel führten, zielte die überwiegend von Frauen getragene große französische Streikwelle 1917 ausschließlich auf eine Erhöhung der Löhne.

Im Unterschied zum ADGB (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) gelang der CGT (Confédération générale du travail), immer wieder beeinflusst durch syndikalistische Traditionen, bis 1936 nie der Durchbruch zur Massenbewegung, ihre Verankerung in der Arbeiterschaft war vergleichsweise gering. So etwa protestierten die französischen ArbeiterInnen nicht einmal, als in Folge eines misslungenen Generalstreikversuchs von der Justiz in einem Urteil die Auflösung der CGT beschlossen wurde – zu der es freilich nie kam.

Frankreich blieb jedoch von den Deutschland erschütternden bürgerkriegsähnlichen Zuständen verschont. Die Gewerkschaften (1921 spaltete sich die Confédération Générale du

Travail Unitaire (CGTU) von der CGT ab, blieb aber relativ einflusslos) beider Länder waren jedoch von weitgehender Machtlosigkeit gekennzeichnet und suchten in der zweiten Hälfte der Zwanzigerjahre durch Rationalisierungskonzeptionen höhere Reallöhne und mehr Massenkauflkraft zu erreichen. Die Infragestellung des deutschen Schlichtungswesens durch die Arbeitgeber, die laufend Klage über angeblich zu hohe Löhne führten und damit das sozialstaatliche System zu zertrümmern suchten, kam den französischen „patrons“ gerade recht, die damit die von Regierung und Parlament ab 1921 versuchte Einführung einer staatlichen Schlichtung und einer umfassenden Sozialversicherungsgesetzgebung bis 1930 verhindern konnten. Während der sich durch die Weltwirtschaftskrise verschärfende Kampf um den Sozialstaat in Deutschland zu den Präsidialkabinetten und letztlich zur nationalsozialistischen Diktatur führte, blieb Frankreich eine ähnliche Entwicklung erspart, was nach der Autorin auf die in beiden Ländern unterschiedliche Haltung der Arbeitgeber zum demokratischen System zurückzuführen war. Wäre die Kompromissuche der deutschen Gewerkschaften 1930 nicht auf eine völlige Ablehnung durch die Arbeitgeberverbände gestoßen, so „hätte die parlamentarische Demokratie in Deutschland eine Überlebenschance gehabt“, zumal „die Legitimität der Weimarer Republik unzertrennbar an den Ausbau, aber zumindest die Aufrechterhaltung des Sozialstaates geknüpft“ war (S. 1109).

Im Unterschied zum kampflosen Zurückweichen der deutschen Gewerkschaften vor der nationalsozialistischen Gefahr rief die CGT am 12.2.1934 zu einem Generalstreik ge-

gen die unter faschistischem Druck zustande gekommene Regierung auf, bei dem es nicht nur zu einer Verbrüderung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten kam, sondern der auch den Weg zur Volksfrontregierung 1936 ebnete. Die Arbeiter waren nun auch nicht mehr bereit, die über Jahrzehnte untastbar gebliebene Autorität der „patrons“ zu akzeptieren. Doch es waren in der Folge keine sozialpartnerschaftlichen Vereinbarungen, sondern Maßnahmen der Regierung, die den sozialstaatlichen Fortschritt für kurze Zeit vorantrieben. Mit dem Scheitern der Volksfrontregierung 1938 und der teilweisen Rücknahme sozialpolitischer Reformen sowie der bald beginnenden Kriegswirtschaft verloren die französischen Gewerkschaften nicht nur an Einfluss bei den ArbeitnehmerInnen, sondern wurden, ähnlich wie der ADGB zu Beginn der Dreißiger Jahre, „zu einem Koloss auf tönernen Füßen“.

Während jenseits des Rheins nach dem Krieg die Lehren aus den Jahren der Weimarer Republik gezogen wurden und mit der Ausgestaltung staatsunabhängiger sozialpartnerschaftlicher Beziehungen begonnen und von den Gewerkschaften eine weitgehend konsensorientierte Politik verfolgt wurde, führten in Frankreich der – wie die Autorin meint – kommunistische Einfluss sowie die syndikalistische Prägung der Gewerkschaften sowie die Ablehnung eines sozialpartnerschaftlichen Modells durch die sich weiterhin als „patrons“ gebärdenden Arbeitgeber zu konfliktorientierten und staatszentrierten Arbeitsbeziehungen.

Was hier nur in wenigen Sätzen in allzu groben Umrissen beschrieben werden konnte, ist eine Darstellung der durch unterschiedliche Traditionen,

mannigfaltige Einflüsse und oft durch politisch missglückte Einschätzungen geprägten sozialpartnerschaftlichen Arbeitsbeziehungen in den beiden wirtschaftlich stärksten und politisch führenden Staaten Europas in den Zwanziger- und Dreißigerjahren.

Das Werk besticht durch seinen souveränen Umgang mit der umfangreichen Literatur und durch den Einbau neuer, durch Archivrecherchen erarbeitete Perspektiven. Wenn es wohl auch kaum einer LeserIn gelingen wird, die Arbeit in kurzer Zeit genau zu lesen, so stellt es – nicht zuletzt auch in Hinblick auf die umfangreiche verwendete Literatur – ein unverzichtbares Nachschlagewerk für die Gewerkschafts- und Sozialstaatsgeschichte in Deutschland und Frankreich dar. Petra Weber ist vorbehaltlos zu ihrer Arbeit zu gratulieren. Als Österreicher kann man es denn auch nur bedauern, an

Webers Arbeit einmal mehr vor Augen geführt zu bekommen, wie weit wir von einer für die österreichische Geschichte der Arbeitsbeziehungen vergleichbaren Darstellung entfernt sind.

Klaus-Dieter Mulley

Anmerkung

- ¹ Wirsching, Andreas, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918-1933/39. Berlin und Paris im Vergleich (München 1999); Kittel, Manfred, Provinz zwischen Reich und Republik. Politische Mentalitäten in Deutschland und Frankreich 1918-1933/36 (München 2000); Thomas Raithel, Das schwierige Spiel des Parlamentarismus. Deutscher Reichstag und französische Chambre des Députés in den Inflationskrisen der 1920er Jahre (München 2005).